

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

auf Annahme einer EntschlieÙung

Arbeitsplätze und energiewirtschaftliches Know-how der Vattenfall-Mitarbeiter/innen für Berlin erhalten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Mit Besorgnis nimmt das Abgeordnetenhaus von den Planungen Vattenfalls zur weiteren Ausgliederung von Geschäftsbereichen und von Personal Kenntnis.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf,

- mit Vattenfall Gespräche zu führen, um tarifvertraglich gesicherte Arbeitsplätze und Know-how in Berlin zu halten.
- gegenüber Vattenfall deutlich zu machen, dass das geplante Outsourcing und der entsprechende Stellenabbau mit der besonderen sozialen Rolle Vattenfalls als Grundversorger und Betreiber zentraler Infrastrukturen der Stadt nicht vereinbar sind und nicht akzeptiert werden kann, dass der Grundversorger in Berlin sein Personal mit betriebsbedingten Kündigungen bedroht.
- bei den Verhandlungen über den Kohleausstieg und der Erstellung einer nachhaltigen Wärmestrategie für Berlin die Interessen der Beschäftigten und Gewerkschaften zu berücksichtigen.
- öffentlich zu bekräftigen, dass bei allen im Rahmen der Neuausrichtung energiewirtschaftlicher Infrastrukturen erforderlichen institutionellen und eigentumsrechtlichen Veränderungen in der Berliner Energiewirtschaft die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt werden und ein Angebot zur Übernahme erfolgt. Basis sind die angewandten Energie-Tarifvertragswerke für den Geltungsbereich des Bundeslandes Berlin. Diese Selbstverpflichtung soll insbesondere für den Fall einer Re-kommunalisierung der betreffenden Betriebseinheiten oder Gesellschaften formuliert

werden. Dies betrifft auch die den Netzen zugeordneten Betriebseinheiten oder Gesellschaften, die entsprechende Serviceaufgaben übernehmen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.07.2017 zu berichten.

Begründung:

Vattenfall ist einer der größten Arbeitgeber Berlins und als Eigentümer des Strom- und des Fernwärmenetzes Betreiber zentraler kritischer Infrastrukturen der Stadt. Auch als Grundversorger für Strom steht Vattenfall in besonderer Verantwortung für die Stadt und deren Bewohner.

Bereits in den letzten Jahren hat Vattenfall zahlreiche Arbeitsplätze ausgelagert. So beschloss Vattenfall Anfang 2015 die Schließung der Vattenfall Europe Kundenservice GmbH bis 2018. Hunderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind von der Schließung des Kundenservices direkt betroffen, den verbliebenen etwa 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird mit betriebsbedingten Kündigungen gedroht. Darüber hinaus besteht die konkrete Gefahr, dass darunter auch der Kundenservice für die Berlinerinnen und Berliner leidet. Im Herbst 2015 gab Vattenfall ein weiteres Outsourcing-Projekt in der Vattenfall Europe Business Services GmbH bekannt, im Rahmen dessen große Teile der Servicebereiche ausgegliedert werden sollen. Gemäß der Mitteilung von Vattenfall vom 4. April 2017 sind von den aktuellen Ausgliederungen im Einkauf, Finanzservice, Vertrags- und Personalbereich 200 Stellen, davon 120 in Berlin, betroffen. Dieses Projekt steht kurz vor der Finalisierung. Die Vertragsunterzeichnung soll im Mai in Schweden beschlossen werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden dann Arbeitspakete nach Übersee und Osteuropa verlagert. Weitere Projekte lassen erneute Auslagerungen und Stellenabbau befürchten. Mit der Auslagerung von Geschäftsbereichen gehen dem Unternehmen und der Stadt Know-how, Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren.

Der Erfolg der Energiewende in Berlin hängt wesentlich davon ab, dass die umfassende energiewirtschaftliche Expertise der Beschäftigten in Berlin möglichst vollständig erhalten bleibt und ausgebaut wird. Voraussetzung hierfür sind geregelte Arbeitsbedingungen sowie Klarheit und Rechtssicherheit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer relevanter Gesellschaften über ihren zukünftigen beruflichen Status, um ihnen eine klare Zukunftsplanung und -perspektive zu ermöglichen.

Berlin, d. 09. Mai 2017

Saleh Stroedter Buchholz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf H. Wolf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Taschner Kössler
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen